

**Öffentlicher Auftrag
(Betrauungsakt)**

der Stadt Norderney

über die

Betrauung der Allergie- und Hautklinik gGmbH mit der Durchführung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen zur Sicherstellung der Krankenhausversorgung der Bevölkerung in Norderney

I. Präambel

Die Stadt Norderney, vertreten durch den Bürgermeister, betraut die Allergie- und Hautklinik gGmbH (nachfolgend Gesellschaft) nach Maßgabe der nachfolgend aufgeführten Vorgaben mit der Durchführung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen zur Sicherstellung der Krankenhausversorgung der Bevölkerung der Stadt Norderney auf der Grundlage des BESCHLUSSES DER KOMMISSION vom 20. Dezember 2011 (Nr. 2012/21/EU, bekanntgegeben mit dem Aktenzeichen K (2011) 9380) über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV vom 30. März 2010 (ABl. C 83 vom 30.03.2010, S. 47)) auf staatliche Beihilfen, die bestimmten, mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) betrauten Unternehmen als Ausgleich gewährt werden – Freistellungsentscheidung – und der

RICHTLINIE 2005/81/EG DER KOMMISSION vom 28. November 2005 zur Änderung der Richtlinie 80/723/EWG über die Transparenz der finanziellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Unternehmen sowie über die finanzielle Transparenz innerhalb bestimmter Unternehmen (ABl. EU Nr. L 312/47 vom 29. November 2005) i. V. m. dem Transparenzrichtlinien-Gesetz vom 16. August 2001 (BGBl. I S. 2141), geändert durch das Gesetz vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3364), und erlässt den folgenden Bescheid:

II. Rechtliche Verhältnisse

(1) Die Stadt Norderney fördert als freiwillige Aufgabe das nach dem Krankenhausplan bedarfsgerechte Krankenhaus Norderney (Träger: Allergie- und Hautklinik gGmbH). Das Krankenhaus Norderney erbringt die in der Anlage genannten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Sinne der Freistellungsentscheidung.

(2) Aus dem aktuell aufgestellten Krankenhausplan ergibt sich, dass die Gesellschaft durch das Vorhalten von aktuell 71 Planbetten, davon 21 in der chirurgischen und internistischen Versorgung (Innere Medizin 13 Betten, Chirurgie 6 Betten, Frauenheilkunde 1 Bett, Geburtshilfe 1 Bett) die bis dahin getroffenen Festlegungen der Zahl der Krankenhausplanbetten und der fachlichen Gliederungen erfüllt und ein Krankenhaus betreibt. Voraussichtlich werden die Planbetten in der Geburtshilfe und Frauenheilkunde in 2015 wegfallen. Von den bisher 50 Planbetten in der Dermatologie könnten in 2015 10 Betten entfallen.

(3) Durch die Beauftragung fördert die Stadt Norderney die bedarfsgerechte, leistungsfähige und wirtschaftliche Krankenhausversorgung für die Bürger der Insel Norderney.

III. Betrautes Unternehmen

Ziel und Zweck der Gesellschaft ist die bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung sowie die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Sie bietet im Rahmen ihrer sachlichen und gesetzlichen Möglichkeiten eine stationäre, teilstationäre und ambulante Diagnostik und Therapie an.

Der gemeinnützige Betrieb der Allergie- und Hautklinik gGmbH sowie alle damit zusammenhängenden Einrichtungen, Nebeneinrichtungen und Hilfsbetriebe bilden den Gegenstand der Gesellschaft.

Die Gesellschaft beabsichtigt, die ärztliche, pflegerische, technische und kaufmännische Führung dieser Einrichtungen mit dem Ziel einer bestmöglichen und zugleich wirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung zu betreiben.

Im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages darf die Gesellschaft alle Geschäfte und sonstige Maßnahmen vornehmen, die der Zweckbestimmung dienen. Insbesondere ist sie berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und sich an solchen zu beteiligen, wenn dem gemeinnützigen Zweck des Unternehmens gedient wird.

Die Gesellschaft hat die Versorgung der Bevölkerung im Rahmen des durch den Landes-Krankenhausplan festgelegten Versorgungsauftrages sicherzustellen.

Die Gesellschaft hat eine Tochtergesellschaft, deren Unternehmensgegenstände nicht den Betrieb eines Krankenhauses beinhalten.

Gegenstand der Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) AHK gGmbH ist der Betrieb von medizinischen Versorgungszentren im Sinne von § 95 SGB V (ambulante fachübergreifende vertragsärztliche Versorgung).

IV. Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen der betrauten Unternehmen

Die Stadt Norderney betraut die Gesellschaft mit der bereits seit Jahren praktizierten Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, die zur Erfüllung des in Ziffer II. Abs. (2) des Betrauungsaktes genannten -an die Gesellschaften adressierten-Bescheid erforderlich ist.

Die Gesellschaft wird mit den nachstehenden Dienstleistungen betraut:

Die in der Präambel beschriebene gemeinwirtschaftliche Verpflichtung umfasst folgende Einzelpflichten der Gesellschaft zum Zwecke der Sicherstellung der Krankenhausversorgung der Bevölkerung der Stadt Norderney, soweit dies insbesondere der regionalen Funktion der Stadt Norderney entspricht.

(1) Medizinische Versorgungsleistungen:

Medizinisch zweckmäßige und ausreichende stationäre Versorgung der Patienten mit allen dazugehörigen Einzelleistungen in den jeweiligen hauptamtlichen Abteilungen und einer Belegabteilung, die in der Anlage dieses Betrauungsaktes unter Ziffer I. spezifiziert sind sowie die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Untersuchung und Behandlung der ambu-

lant versorgten Patienten mit allen dazugehörigen Einzelleistungen, die in der Anlage dieses Betrauungsaktes unter Ziffer I. spezifiziert sind;

(2) Sonstige Tätigkeiten zur medizinisch zweckmäßigen und ausreichenden Untersuchung und Behandlung von Patienten im Rahmen der Gesundheitsversorgung, die in der Anlage dieses Betrauungsaktes unter Ziffer II. spezifiziert sind;

(3) Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen, die in der Anlage dieses Betrauungsaktes unter Ziffer III. spezifiziert sind.

(4) Nicht erfasst von dem Betrauungsakt sind Dienstleistungen, die nicht zu den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zählen und in der Anlage dieses Betrauungsaktes unter Ziffer IV. spezifiziert sind.

V. Ausgleichsleistungen

(1) Der in diesem Betrauungsakt verwandte Begriff der "Ausgleichsleistung" erfasst den rechtstechnischen Begriff der "Ausgleichzahlung" als jeder aus staatlichen Mitteln jedweder Art gewährte Vorteil im Sinne der beihilfenrechtlichen Rechtsgrundlagen.

(2) Der Ausgleich von aus der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung entstehenden Aufwendungen (= Kosten im Zusammenhang mit der Deckung des Investitionsbedarfs sowie sonstige Kosten des laufenden Krankenhausbetriebs) soll in erster Linie durch folgende Maßnahmen vollzogen werden:

- Defizitausgleich im Wege eines Strukturausgleiches

(3) Die Ausgleichsleistungen werden ausschließlich gegenüber der Gesellschaft erbracht. Weitergehende Ansprüche auf sonstige Zuwendungen erwachsen der Gesellschaft aus dieser Betrauung nicht.

Die mit Hilfe der unter Absatz 2 dargestellten Maßnahmen zu tragenden ausgleichsfähigen Aufwendungen bemessen sich nach den zur Ausführung der gemeinwirtschaftlichen Leistung benötigten Kosten. Sie bemessen sich hinsichtlich eines Defizitausgleichs der Höhe nach an dem jährlich nach Ende des Geschäftsjahres durch den Rat der Stadt Norderney zu beschließenden Zuschuss. Die Höhe des Zuschusses wird dabei auf 150.000 EUR p. a. begrenzt.

Die ausgleichsfähigen Aufwendungen sind unter Berücksichtigung aller Einnahmen der Gesellschaft ermittelt worden, die im Zusammenhang mit der Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Leistung erzielt werden. Ebenso werden Erträge aus den nicht gemeinwirtschaftlichen Tätigkeitsbereichen im Sinne des Abschnitts IV. (4) berücksichtigt. Eine evtl. vorhandene angemessene Rendite aus dem für diesen Bereich eingesetzten Eigenkapital ist ebenfalls zu berücksichtigen.

Eventuelle Kosten aus Dienstleistungen, die nicht von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind, werden nicht ausgeglichen. Die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen wird in einem hierzu gesondert aufzustellenden Jahresbericht, den die Gesellschaft jährlich bis zum 30.06. des Folgejahres in Schriftform zu erstellen hat, nachgewiesen. Die Stadt Norderney kann verlangen, dass dieser Jahresbericht von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft / einem Wirtschaftsprüfer mit einem Testat versehen wird, ob die Höhe der geleisteten Aufwendungen angemessen war.

(4) Die Gesellschaft trägt dafür Sorge, dass die Kosten für die Einzelpflichten gemäß Abschnitt IV. in Trennungsrechnungen gemäß den Grundsätzen des Transparenzrichtlinien-Gesetzes erfasst werden. Diese Trennungsrechnungen haben insbesondere den Nachweis zu enthalten, dass die Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Veranlassung als anerkanntem Rechnungslegungs- und Kostenzuordnungsgrundsatz erfolgt ist. Zudem ist nachzuweisen, dass dem Bereich der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ausschließlich die der Gesellschaft zufließenden Defizitausgleiche zugutekommen, indem dieser Bereich wie auch die übrigen Tätigkeiten der Gesellschaft in der Trennungsrechnung mit ihren Erlösen und Aufwendungen getrennt dargestellt werden.

Die Gesellschaft wird die Trennungsrechnungen im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Jahresabschlussprüfungen testieren lassen und der Stadt Norderney in nachvollziehbarer Form zur Kenntnis geben. Dabei ist auf alle in Absatz 2 dargestellten Maßnahmen einzugehen. Die Trennungsrechnung sollte möglichst aus dem in der Gesellschaft eingesetzten Rechnungs- und Berichtswesen abgeleitet werden.

VI. Besonderheiten gegenüber der MVZ AHK gGmbH

(1) Die Gesellschaft verpflichtet sich, die Inanspruchnahme von Leistungen durch die MVZ AKH gGmbH, und die durch die Gesellschaft im Rahmen der unter Ziffer V. genannten Ausgleichsleistungen finanziert werden, in einer gesonderten Trennungsrechnung zu erfassen und dem Betrieb des MVZ in Rechnung zu stellen. Die Tochtergesellschaft wird mit den tatsächlich entstehenden marktüblichen Kosten belastet. Dies gilt insbesondere für die Überlassung von Wirtschaftsgütern, deren Anschaffungskosten primär innerhalb des Bereichs der gemeinwirtschaftlichen Tätigkeiten im Sinne von Abschnitt IV. veranlasst sind.

(2) Die Gesellschaft trägt dafür Sorge, dass die Kosten für die Inanspruchnahme von Leistungen durch die Tochtergesellschaft transparent nach Maßgabe von Abschnitt V. erfasst werden. Sie wird die Trennungsrechnungen im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Jahresabschlussprüfungen testieren lassen und der Stadt Norderney in nachvollziehbarer Form zur Kenntnis geben.

VII. Überkompensierung

(1) Die Ausgleichsleistungen nach Abschnitt V. dürfen nicht über das hinausgehen, was erforderlich ist, um die durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen abzudecken.

(2) Die Einhaltung der Voraussetzungen nach Absatz 1 wird von der betrauten Gesellschaft jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres, in dem Ausgleichsleistungen gewährt wurden, durch geeignete Unterlagen (insbesondere Jahresabschluss und Trennungsrechnung) nachgewiesen. Diese Unterlagen sind der Stadt Norderney zur Verfügung zu stellen.

(3) Die Stadt Norderney fordert die Gesellschaft zur Rückzahlung überhöhter Ausgleichsleistungen auf. Soweit Leistungen, die durch den Betrieb des MVZ in der Tochtergesellschaft beansprucht werden, nicht entsprechend den tatsächlich entstehenden, marktüblichen Kosten gegenüber der Tochtergesellschaft in Rechnung gestellt und durch diese gezahlt werden, erfolgt auch insoweit die Rückforderung in Höhe der Differenz zwischen dem tatsächlich berechneten/gezahlten Betrag und den tatsächlich entstandenen Kosten.

Entsprechendes gilt in den Fällen, dass Ausgleichsleistungen ganz oder teilweise nicht zweckentsprechend verwandt wurden (insbesondere bei der Umwidmung von Wirtschaftsgütern).

VIII. Verantwortlichkeiten

Die Stadt Norderney und die Gesellschaft benennen jeweils eine für die Betrauung verantwortliche Stelle zur fachlichen und finanziellen Koordination. Auf Ebene der Gesellschaft wird diese Aufgabe von der Geschäftsführung wahrgenommen. Alle Beteiligten haben darüber zu wachen, dass die zur Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung erforderlichen Kosten in der Aufstellung des Wirtschaftsplans und im Wege einer ordnungsgemäßen Trennungsrechnung ausgewiesen werden.

IX. Geltungsdauer

(1) Die Betrauung erfolgt zum 01.01.2015 und gilt bis zum 31.12.2015. Die Betrauung endet sofort, wenn die Stadt Norderney gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen, die Gegenstand dieser Betrauung sind, aus zwingenden Gründen (Gesetz, höchstrichterliche Rechtsprechung, Anordnung einer Kommunalaufsichtsbehörde) nach anderen, mit dieser Betrauung unvereinbaren Rechtsvorschriften regeln muss. Gilt dies nur für Einzelpflichten dieser Betrauung oder Teile von Einzelpflichten dieser Betrauung, so gilt die Betrauung im Übrigen fort.

(2) Die Stadt Norderney kann diese Betrauung auch für Einzelpflichten aufheben, wenn hierfür ein wichtiger Grund durch die Gesellschaft geschaffen wird, der eine Fortsetzung der Betrauung für die Stadt Norderney unzumutbar macht. Eine beabsichtigte Beendigung der durch diese Betrauung geschaffenen Ausgleichregelung und ihrer Grundlagen ist der Gesellschaft durch eine schriftliche Ankündigung unter Anführung von Gründen mitzuteilen und Gelegenheit zur Stellungnahme oder Beseitigung des wichtigen Grundes in angemessener Zeit zu geben. Zwischen der Ankündigung und der Beendigung muss mindestens eine Frist von 6 Monaten liegen.

X. Anpassungsklausel

(1) Sollte eine Bestimmung dieser Betrauung nicht rechtskonform oder undurchführbar sein oder werden oder eine an sich notwendige Regelung nicht enthalten, so berührt dies die Betrauung im Übrigen nicht. Die Stadt Norderney wird zur Ersetzung einer solchen Bestimmung oder zur Ausfüllung einer Regelungslücke eine rechtlich zulässige Bestimmung schaffen, die soweit wie möglich dem entspricht, was gewollt war oder nach dem Sinn und Zweck der Betrauung gewollt worden wäre, wenn die mangelnde Rechtskonformität oder Undurchführbarkeit der entsprechenden Bestimmung bzw. die Regelungslücke erkannt worden wäre.

(2) Sollten sich die rechtlichen, wirtschaftlichen oder technischen Voraussetzungen, unter denen diese Betrauung ergangen ist, grundlegend ändern und ist in Folge dessen die Beibehaltung der Bestimmungen für die Stadt Norderney oder die Gesellschaft nicht mehr zumutbar, so kann die Betrauung entsprechend angepasst werden. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass nicht vorhersehbare Ereignisse zu höheren als den geplanten Kosten führen.

XI. Unterlagenvorhaltung

Unbeschadet weitergehender Vorschriften sind sämtliche Unterlagen, anhand derer sich feststellen lässt, ob die Ausgleichsleistungen mit den Bestimmungen der Freistellungsentscheidung vereinbar sind, mindestens für einen Zeitraum von 10 Jahren aufzubewahren. Dies gilt insbesondere für die Trennungsrechnungen sowie die Zuordnung der Erlös- und Kostendaten.

XII. Umsetzung der Betrauung

Die verantwortlichen Stellen im Sinne von Abschnitt VIII. werden beauftragt, diese Betrauung umzusetzen.

Norderney, den 11.12.2014

STADT NORDERNEY
Der Bürgermeister

(Ulrichs)

Anlage zum Betrauungsakt der Stadt Norderney zur Sicherstellung der Krankenhausversorgung der Bevölkerung in der Stadt Norderney

Das betraute Unternehmen Allergie- und Hautklinik gGmbH ist im Betrauungsakt verpflichtet worden, die Leistungen zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung in der Stadt Norderney zu erbringen. Ferner hat sich das betraute Unternehmen verpflichtet, sonstige Maßnahmen durchzuführen, die zur sach- und fachgerechten medizinischen Versorgung der Bevölkerung erforderlich sind. Die Leistungen sind wie folgt zu spezifizieren.

I. Medizinische Versorgungsleistungen:

Stationäre Versorgung in den jeweiligen hauptamtlichen Abteilungen sowie medizinisch zweckmäßige und ausreichende Untersuchung und Behandlung der ambulant versorgten Patienten in den jeweiligen Abteilungen der:

Akutversorgung:

- Innere Medizin (Hauptabteilung);
- Chirurgie (Hauptabteilung);

II. Sonstige Tätigkeiten zur medizinisch zweckmäßigen und ausreichenden Untersuchung und Behandlung im Rahmen der Gesundheitsversorgung wie:

- 24-Stunden-Notdienst der genannten Abteilungen
- Zusammenarbeit mit der Medizinischen Versorgungszentrum Norderney gGmbH (Träger: Allergie- und Hautklinik gGmbH)

III. Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebenleistungen wie:

- Zusammenarbeit mit dem KfH (Dialyse)
- Zusammenarbeit mit dem Pflegeheim „Inselfrieden“

IV. Daneben erbringt das Unternehmen Allergie- und Hautklinik gGmbH Dienstleistungen, die nicht zu den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zählen, wie:

- Vermietung von Räumen und Gegenständen an jur. und nat. Personen (z. B. externe Dienstleister wie Café am Meer u.a.)